

A n t r a g (Rentenkonzept der SPD)

Der Parteivorstand wird aufgefordert, unverzüglich eine Arbeitsgruppe einzusetzen zur Erarbeitung eines Rentensystems für die Bundesrepublik Deutschland, das aufgrund der neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung tragfähig ist. Die Gruppe soll aus Experten der Partei und beratenden Wissenschaftlern bestehen und auch die Frage beantworten, inwieweit Erfahrungen mit den Systemen aus Österreich und der Schweiz für ein neues Rentensystem in Deutschland hilfreich sein könnten. Ziel soll es sein, dass alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einzahlen.

B e g r ü n d u n g:

CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 auf S. 92 die Einrichtung einer Rentenkommission „verlässlicher Generationenvertrag“ vereinbart, „die sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahre **2025** befassen“ soll. Bis dahin soll das Niveau der gesetzlichen Rente von derzeit 48% bei einem Beitragssatz von nicht über 20% abgesichert werden.

Mitte September forderte der von unserer Partei gestellte Finanzminister, die Zusage der Absicherung bis zum Jahre **2040** zu erstrecken. Er konnte sich dabei auf eine Studie des DIW (!) stützen, nach der auf Millionen Deutsche im Alter massive Einschränkungen (bis zu 700 Euro monatlich) zukommen.

Bei aller Kritik, die der Vorschlag auf sich zog, machte er eines deutlich: **Entschieden werden muss letztendlich politisch, nicht durch eine „koalitionäre Kommission“**. Wie soll dem demografischen Wandel begegnet werden? Durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder verstärkte Migration („Spurenwechsel“)? Sollen alle Erwerbstätigen einzahlen, auch die Beamten, damit auch den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern? Ist die „doppelte Haltelinie“ ein Dogma oder ist ein Beitragssatz von 22% - wie in Österreich – denkbar bei deutlich höheren Renten? Welchen Rentenberechtigten muss durch zusätzliche Rentenpunkte geholfen werden, nur Müttern oder auch Niedriglöhnern von heute, deren Altersarmut absehbar ist?

Das sind nur einige Fragen, sie machen eines deutlich: Die Rente, die Sicherung im Alter, war nie unpolitisch. Der erste Kanzler dieser Republik hatte das begriffen: 1957 stellte er das Rentensystem auf eine radikal andere Grundlage, es hörte auf, ein Versicherungssystem zu sein, es war die Geburtsstunde des „Generationenvertrages“. Trägt der heute noch? Angesichts dramatischer demographischer Veränderungen, der Digitalisierung, durch Mindestlöhne, deren Höhe die Altersarmut programmiert und der Tatsache, dass die „betriebliche Altersversorgung“, die „zweite“ Säule, weg bricht und sich die wenigsten die „dritte Säule“, die private Vorsorge, leisten können?

Es hat einmal Zeiten gegeben, da hat sich unsere Partei ins Getümmel der Auseinandersetzung um die Rente begeben; „Volksversicherung“, „Maschinensteuern und –beiträge“ waren die Stichpunkte. Ohne Kampf keine Rückgewinnung des Vertrauens!

(**Abt. 04 - 76**)